

17. Wahlperiode

---

## Antrag

der Piratenfraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Jugend- und Kulturprojekt „Kirche von Unten“ (KvU) erhalten und Standort sichern**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich für den Erhalt der Jugend- und Kultureinrichtung „Kirche von Unten“ (KvU) auch über den 31.12.2012 hinaus in den bisher von ihr genutzten Räumen einzusetzen. Dafür soll der Senat ein Vermittlungsgespräch zwischen der Eigentümerin des Gebäudekomplexes „Arkona-Höfe“, der Immonet-Gruppe aus Wien, und Vertreter/-innen der KvU initiieren, um einen Beitrag für die dauerhafte Sicherung dieser überbezirklich bedeutenden Institution am jetzigen Standort zu leisten.

---

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.11.2012 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Die historischen Verdienste der Kirche von Unten als zentrale Anlaufstelle für außerparlamentarische Oppositionsgruppen, die einen wesentlichen Anteil an „der Wende“ und am Mauerfall hatten, sind unbestritten.

Nach dem bewährten Konzept der Offenen Jugendarbeit haben in der KvU Generationen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbstständiges Denken und Handeln und basisdemokratische Entscheidungsfindungen erprobt, erlernt und weiterentwickelt. Die KvU war und ist sozialer Anlaufpunkt und Kommunikationsraum für viele, oft hilfsbedürftige Menschen, vorwiegend aus Berlin-Mitte und angrenzenden Berliner Stadtbezirken. Die KvU bietet Strukturen der politischen Bildung und ist eines der wenigen übriggebliebenen Projekte, die diesem

Kiez überhaupt erst sein interessantes Flair und Image verliehen haben. Zudem leistet sie die immens wichtige Jugendsozialarbeit vor Ort, die dort durch ein entsprechendes Angebot und Personal ausgewiesen ist.

Zum 31. Dezember 2012 laufen die Mietverträge in den Arkona-Höfen aus. Die Hausverwaltung begründet mit anstehenden Sanierungsarbeiten ihre Nichtbereitschaft für Verhandlungen über eine Mietvertragsverlängerung und verweigert die Benennung eines Ansprechpartners bei der Eigentümerin. Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte bzw. der Ausschuss für Stadtentwicklung des Bezirks hat sich ebenfalls für den Erhalt der Einrichtung eingesetzt, dazu einen Beschluss gefasst und versucht, die Eigentümerin an den Verhandlungstisch zu holen. Jedoch erfolglos, da die Hauseigentümerin sich jeglichen Gesprächen verweigert. Daher soll nun das Land Berlin einen neuen Versuch starten und ein Vermittlungsgespräch zwischen den beteiligten Parteien führen.

Berlin, den 18.09.2012

Magalski, Lauer  
und die übrigen Mitglieder der Piratenfraktion

Wolf, Lederer, Möller  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Die Linke

Schmidtberger, Lux  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen